

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1-60 Deutschland Mark 1-20
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

September / Oktober 1929.

3. Jahrgang. Nr. 47

Nieder mit dem Faschismus!

Heimwehraufmärsche zur Erpressung einer Verfassungsrevision — Sie wollen sich den Weg zum Staatsstreich noch leichter machen — Nicht nachgeben! Rüstet zum politischen Massenstreik!

Offen läßt die Bourgeoisie den Staatsstreich ankünden. Entweder ihr schluckt, was wir fordern oder unsere faschistischen Banden kommen. So sprechen sie offen und besetzen in „Kundgebungen“ die vier nach Wien führenden Hauptzufuhrlinien in Stockerau, Zwettl, Pöchlarn, Mödling.

Zugleich präsentiert die Bourgeoisie eine **neue Verfassung**, die so aussehen soll:

1. **Kaiserersatz:** Der Bundespräsident (Seipel) soll vom Volke auf 7 Jahre gewählt werden; die Regierung ernannt Er; das Parlament löst auf Er; den Oberbefehl über das Heer hat Er; und zu guter Letzt hat Er das Notverordnungsrecht. Wenn die Kapitalisten den Mieterschutz ganz beseitigen wollen, so wird Er einfach das Parlament vertagen und mittels des neuen § 14 das zum Gesetz machen, was die Kapitalistenklasse will. Und vor allem soll Er die Bahn ebnen für den größeren Er: für den Monarchen.

2. **Herrnhausegesetz:** Der Nationalrat darf Gesetze nur beschließen mit Zustimmung des Bundesrates und dieser soll so „reformiert“ werden, daß die Bourgeoisie ihn voll und fest in der Hand hat.

3. Zu gleicher Zeit sollen Wahlrecht und Wahlverfahren zum Nationalrat so „reformiert“ werden, daß der Bourgeoisie die dauernde, genügend starke Stimmzettel- und Mandatmehrheit auch dort gesichert ist.

4. Wien soll in Nieder-Oesterreich „eingeordeint“ d. h. der klerikal-agrarischen Mehrheit unterstellt werden.

5. **Macht- und Verwaltungsapparat:** den Soldaten, Wachleuten, Gendarmen wird das Wahlrecht, den Beamten und Arbeitern im öffentlichen Dienste und in öffentlichen Betrieben wird das Streikrecht genommen. Die gesamte Polizei in Wien wird Schober unterstellt. Die Geschworenengerichtbarkeit wird beschnitten. Alle Lehrer, auch die der Gemeindelehranstalten, werden vom Unterrichtsminister ernannt.

6. **Antiterrorgesetz:** Zur Unterbindung des Streikrechtes und der Koalitionsfreiheit im Betriebe und der Rechte der Betriebsräte.

7. **„Reform“ des Preßgesetzes.**
Die Heimwehr ist der Zahl nach keineswegs groß. Aber sie hat Waffen, hat eine entschlossene klassenklare kapitalistische Führung, sie ist das außergesetzliche Machtorgan der Kapitalistenklasse, hat daher die volle Unterstützung des Machtapparates des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Regierung.

Die Sozialdemokratie

hat der Bourgeoisie durch Breitner Riesenpräsenten gemacht und ihr noch größere in Aussicht gestellt; sie hat durch Seitz vor Schober kapituliert in der Frage des 15. Juli und in der Polizeifrage; sie hat durch Bauer das Antiterrorgesetz angenommen und Kunschaks Gewerkschaften die Zusammenarbeit angeboten; kurz die Sozialdemokratie hat sich in aller Form bereit erklärt, alles was die Bourgeoisie verlangt, zu schlucken, rasch zu schlucken, die Stimmen für die Zweidrittelmehrheit zu liefern, sofern nur die verfassungsmäßige Form gewahrt bleibt, rasch, damit die Massen nicht in Bewegung kommen. Bloß darum kämpft die SP, daß all das „verfassungsmäßig“ geschehe.

Nur in der Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und in der Stellung Wiens will sie nicht nachgeben. Aber erklärt sie: „Die Sozialdemokratie wird das parlamentarische Leben unter allen Umständen sicherstellen“

Daß heißt, vor die Alternative des Staatsstreichs, des Bürgerkriegs gestellt, wird sie mit sich reden lassen — auch in diesen zwei Punkten. . . . „verfassungsmäßig“ versteht sich.

Welchen Sinn hat also der sozialdemokratische Versammlungssturm?

Das „Berliner Tageblatt“ vom 21. September schreibt: „Seit einigen Tagen sind geheime Besprechungen, auch mit den Führern der Sozialdemokratie über die Revision der Verfassung im Gange“ . . .

Im Dezember 1925 sahen wir einen Versammlungssturm“ der SP wegen des Wohnungsanforderungsgesetzes: paar Tage darauf wurde dieses Gesetz mit den Stimmen der SP-Abgeordneten abgeschafft.

Vom Juli 1927 bis September 1929 sehen wir einen „Sturm“ gegen Schober, jetzt haben sie hinter den Kulissen vor Schober kapituliert.

Bei der Bildung der Streerwitz-Regierung sahen wir vor den Kulissen den „Sturm“ der SP gegen Vaugoin als Heeresminister, hinter den Kulissen aber, plaudert Kunschak nun aus, hat Seitz den Christlichsozialen versichert, daß die SP nichts gegen Vaugoin als Heeresminister hat.

Dieses Geflüchtel mit den Armen, dieses Geschrei vom Kampf auf Tod und Leben, „dieser ganze Versammlungssturm“ ist“ der sozialdemokratischen Führung nur ein taktisches Mittel, um das Augenmerk der Massen davon abzulenken, daß die SP Führung fluchtartig außerordentliche Kampfpositionen der Arbeiterklasse preisgibt.

Das Geschrei nach Neuwahlen aber soll den Bankrott der ganzen sozialdemokratischen Stimmzettelpolitik verhüllen. Die Neuwahlen wird die SP so oder so sicher bekommen — selbst von den Faschisten! — zunächst aber gedenkt die Bourgeoisie die Bedingungen für die künftigen Wahlkämpfe etwas zu „reformieren“

„Ruhe und Ordnung!“ ist die Zentrallosung der Sozialdemokratie. Schluß mit der Störung der „Wirtschaft“, Schluß mit der Schädigung des „Erwerbslebens“, Schluß mit der Abschwächung der Kurse ruft diese — daß sich Gott erbarm — „proletarische“ Partei — den Kapitalisten zu! Zugleich sucht sie die Bourgeoisie zu belehren, daß die faschistische Form das Geschäft (der kapitalistischen Ausbeutung) stört, daß das Geschäft (der kapitalistischen Ausbeutung) in demokratischer Form viel besser vorstatten gehe.

In all dem Schweren, das die Arbeiterklasse jetzt erlebt, ist eines tröstlich: die Tatsachen selber beginnen die reformistischen Hüllen in Fetzen zu reißen, sie zeigen, wohin zehn Jahre sozialdemokratischer Politik seit dem Umsturz die Arbeiterschaft geführt haben, sie zeigen durch allen Phrasennebel hindurch unbarmherzig das wahre Wesen der Sozialdemokratie als der Kleinbürgerpartei.

Das Ziel der Bourgeoisie.

Sie ist einzig in der Aufrichtung der kapitalistischen Diktatur. Die Heißsporne möchten jetzt schon reinen Tisch machen durch Putsch oder Staatsstreich. Doch die Heimwehr ist nur Werkzeug, nichts als Werkzeug, ausgehalten vom Beutel des Finanzkapitals. Das Finanzkapital bestimmt den Weg und es hat für diesmal noch den „legalen“ Weg bestimmt, auf dem durch „Revision“ der Verfassung usw., die Kampfbedingungen noch mehr zu Gunsten der Bourgeoisie geändert werden sollen.

Der „Pester Lloyd“, ein Horthyblatt, das sicher gut unterrichtet ist, schreibt: „Die Entscheidung fällt erst im November oder Dezember, bis ein Massenaufgebot der Bauern leichter möglich“

Bruch des Mieterschutzes, „Revision“ der Verfassung sind nicht Schlüsselpunkte, sind nur Etappen. Eine energische Regierung soll die neue Verfassung auswerten, soll die „allseitige, gleichzeitige“ innere Abrüstung derart durchführen, daß die Arbeiter daß Bissel was sie da und dort etwa haben hergeben sollen, während die Heimwehr zum Schluß doppelt und dreifach so viel an Waffen und

Munition haben soll als bisher. Der wackere Schober ist ausersehen dieses Kunststück zu leisten.

Das Ziel der Kapitalistenklasse ist viel, viel weiter gesteckt. Es geht um schrankenlose Steigerung der Ausbeutung. Es geht zu diesem Zweck um schrankenlose Herrschaft, um die offene Diktatur im Inneren. Aber der österreichische Markt ist zu klein für die Profitbedürfnisse derer, die diesen Markt beherrschen. Sie wollen sich eingliedern in die Front derer, die die Marktverhältnisse „ändern“ wollen durch einen großen „Schachzug“. Sie wollen auf dem Weg über die faschistische Diktatur durch imperialistischen Krieg kommen in irgend einer Form zur Wiederherstellung des großen Marktes und — der Monarchie. Sie wollen sich eingliedern in die imperialistische Kriegsfront gegen Sowjetrußland, als der politischen Form, in der sie mit Mussolini, Horthy, den deutschen Faschisten und der Kirche im Rücken auf die Unterstützung nicht nur der englischen, sondern selbst der französischen und tschechischen Bourgeoisie sicher sind.

Und nicht weil die Sozialdemokratie etwa eine proletarisch-revolutionäre Partei wäre, wollen die Faschisten sie aus dem Weg räumen, sondern weil die Sozialdemokratie als kleinbürgerlich-republikanische und kleinbürgerlich-pazifistische Partei den faschistischen Endplänen und der entschlossenen Vorbereitung dazu in Wege steht.

Da die Sozialdemokratie alles preisgibt, was die Bourgeoisie verlangt, und da die Bourgeoisie hofft, daß sie die Arbeiterklasse mittels der Sozialdemokratie auch diesmal in aller Ruhe zur kampflösen Preisgabe riesiger Kampfpositionen nach allen Regeln der Kunst hineinlegen werde, so sind diesmal wohl mehr oder weniger blutige Zusammenstöße nicht ausgeschlossen, aber die Generalausensetzung hat die Bourgeoisie aller Voraussicht nach aufgeschoben. Sie wird die von der SP geräumten Positionen besetzen und dann unter für die Kapitalistenklasse noch günstigere Bedingungen zur Entscheidungsschlacht blasen.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Jedenfalls muß die Arbeiterklasse jetzt schon auf alles gefaßt sein und zum äußersten rüsten; in allen Betrieben Abwehrkomitees schaffen, sich mit all dem versorgen, was die Heimwehr hat und den politischen Massenstreik vorbereiten, entschlossen, die gewaltsame Aktion der Heimwehren mit Gewalt niederzuschlagen und den Boden zu schaffen für eine Regierung der Arbeiter und der landarmen Bauern.

Von der Sozialdemokratie hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten als die Preisgabe weiterer proletarischer Stellungen, nichts als die immer weiterschreitende Schwächung der proletarischen Kampfpositionen.

Die SP beruft sich hierbei zur Rechtfertigung ihrer Taktik auf „die geänderten Verhältnisse“ — aber wodurch anders ändert die Bourgeoisie immerfort die Verhältnisse zu ihren Gunsten, als durch die passive und aktive Hilfe der Sozialdemokratie?!

Die SP beruft sich schließlich zur Begründung ihrer Preisgabebetaktik darauf, daß sie nachgebe um ein noch größeres Uebel zu vermeiden, den Bürgerkrieg. Aber wurde die Bürgerkriegsgefahr durch das Nachgeben im Mieterschutz aufgehoben, vermindert oder vermehrt? Je mehr die SP von proletarischen Stellungen preisgibt, desto größer der Appetit des faschistischen Raubtiers. Die Taktik der SP vermeidet nicht den Bürgerkrieg, sondern führt nur dazu, daß die Arbeiterklasse schließlich doch mit dem Bürgerkrieg überfallen wird, allein unter für die Arbeiter wesentlich verschlechterten Kampfpositionen!

Laßt euch nicht einlullen von dem sozialdemokratischen Argument, über 43 Prozent der Bevölkerung könne „man“ nicht hinweggehen. Wir haben es erlebt, daß der Zarismus über 99 Prozent „hinweggehen“ konnte, die Zahl allein macht's nicht.

Die Sozialdemokratie hat die Arbeiter nicht bloß physisch entwaffnet, indem sie den Arbeitern die Waffen aus den Händen nahm (sie den anderen aber ließ).

Die Sozialdemokratie hat die Arbeiter sogar geistig entwaffnet, indem sie vom Klassenkampf nur mehr den Stimmzettelkampf übrig ließ und die Arbeiterschaft durch die ganzen Jahre seit dem Umsturz bewußt, statt zum Klassenkampf, zum Kampf gegen die Kapitalisten, zur „Zusammenarbeit“ mit der Bourgeoisie erzog.

Und mehr noch: Die Sozialdemokratie hat die Arbeiter selbst moralisch entwaffnet, indem sie zum wirklichen Leitstern des praktischen tagtäglichen Handelns des einzelnen Arbeiters, insbesondere im Betrieb, gemacht hat den Egoismus, dieses: „Zuerst denk an deinen Vorteil und dann erst an die anderen“. So hat sie die Grundkraftquelle der Arbeiterschaft, die Solidarität, die vom Arbeiter heischt, daß er seinen eigenen Vorteil sucht nur im gemeinsamen Vorteil der ganzen Arbeiterklasse, geschwächt.

Die österreichische Sozialdemokratie hat sich die Einigkeit der Arbeiter erhalten, aber diese sozialdemokratische Einigkeit, diese Einigkeit in der Harmonieduselei mit den Kapitalisten, führt die Arbeiter immer tiefer und muß sie immer weiter in die Tiefe führen.

Die österreichischen Arbeiter zahlen schweres Lehrgeld. Soweit ist es mit uns nach zehn Jahren sozialdemokratischer Politik gekommen, daß wir zehn Jahre nach dem Umsturz mit der ernstesten Gefahr

eines sogar monarchistischen Umsturzes zu rechnen haben! Eine wahre Wiedererhebung der Arbeiterschaft tut not, ein sich selbst besinnen auf die Interessen der Arbeiter als Klasse.

Die Not der Zeit schafft die Vorbedingungen zu diesem Prozeß der Wiedererhebung. Aber die Wiedererhebung selbst leiten, organisieren, schließlich zum Siege führen, das kann nur

die proletarische Klassenpartei

die nie und nimmermehr ausgehen kann von der Sozialdemokratie, sondern ausgehen kann nur von den Kommunisten.

Die Kommunisten haben viel gefehlt und fehlen auch heute vielmehr den Fehlern der Kommunistischen Partei. Aber mögen deren Führer noch so fehlen, die Grundidee der Kommunistischen Partei nach Ausgangspunkt, Ziel, Taktik ist richtig, denn die Idee der Kommunistischen Partei, ihre Bestimmung, ist die, dem Proletariat zu seine, seine, die Klassenpartei.

Je größer die Not der Arbeiterklasse, desto größer die Notwendigkeit der proletarischen Klassenpartei, desto notwendiger die Einigung aller Kommunisten, auf dem Boden der Lehren von Marx-Lenin. Sich einigen, sich reinigen von allen Fehlern der Vergangenheit vor der ganzen Arbeiterschaft, das schafft die Kraftquelle, die die vielen revolutionären Elemente der Arbeiterschaft an sich ziehen, sammeln und die Wiedererhebung des Proletariats vollführen wird.

Die proletarische Klassenpartei ist der Schlüssel zur Wendung, zum Aufstieg, zum Siege.

Arbeiter wacht auf! Es geht um unsere Existenz!

Mahnworte eines klassenbewußten Arbeiters.

Gerne geben wir diesem ausgezeichneten Artikel eines einfachen Arbeiters in vollem Umfang Raum. Der klare Artikel beweist, welche geistigen Kräfte im Proletariat schlummern. Wir erwarten, daß diesem Beispiel folgend uns noch andere Arbeiter ihre Auffassung zur Lage oder zu einzelnen politischen, wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen u. s. w. Fragen einsenden werden. (Die Redaktion)

Die österreichischen Heimwehfaschisten wollen los schlagen. Warum? Weil es ihnen die Großkapitalisten, ihre Geldgeber, befohlen haben. Nicht der Seipel allein ist der Ruhestörer. Er will gewiß der Mussolini in Oesterreich sein. Er kann es aber nur von Gnaden der Großkapitalisten werden.

Die wahren und eigentlichen Drahtzieher der Konterrevolution und des Bürgerkrieges sind die Bankiers, Großgrundbesitzer und Fabrikanten. Die Heimwehren und ihre Führer sind nur ihre Werkzeuge. Die Großbourgeoisie braucht dieses Söldnerheer um die Arbeiterschaft völlig niederzuwerfen und zu versklaven. Nur so, nur durch die völlige Rechtlosmachung und ungehinderte Ausbeutung

der Arbeiterklasse kann sich die Bourgeoisie wiederaufrichten in der Periode des niedergehenden Kapitalismus.

Die ganze kapitalistische Gesellschaftsform paßt nicht mehr in die gegenwärtige Zeit, sie sollte längst abgelöst werden vom Sozialismus. Die Blütezeit des Kapitalismus ist vorbei. Das ganze kapitalistische System befindet sich in einer Krise; dies beweist die Dauerarbeitslosigkeit, die Unmöglichkeit neue Absatzmärkte zu bekommen und die Kriegsgefahr. Dies sucht die Bourgeoisie zu überwinden durch die Konzentration des Kapitals (Trusts, Konzerne) im nationalen und internationalen Maßstab und durch die rücksichtslose Ausbeutung des Proletariats. Da stößt die Bourgeoisie auf ernste Schwierigkeiten:

Das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, die sich nicht mehr beirren läßt durch Pfaffen und nationale Verhetzung und ihre Rechte fordert, und das Erwachen der unterdrückten Völker, die nach Freiheit streben, steht ihr im Wege. Will die Bourgeoisie ihre Macht und ihren Profit sichern, muß sie die Arbeiterschaft in Stadt und Land versklaven. Tut sie es nicht, so stellt sie ihre eigene Existenz in Frage.

Dazu braucht sie ihre Söldnerheere: den bewaffneten Staatsapparat (Militär, Polizei, Gendarmerie) und die Faschisten. Die Bourgeoisie weiß ganz genau, daß man der Arbeiterschaft nicht zumuten kann, daß sie sich ohne Kampf völlig versklaven läßt. Sie weiß, daß man es nur durch den Bürgerkrieg erreichen kann. Dazu rüstet sie ihren Staatsapparat und die Heimwehverbände aus. Die Bourgeoisie riskiert nicht umsonst schwere Milliarden für die Ausrüstung und Bewaffnung der Heimwehren — sie meint es ernst mit dem Bürgerkriege; dessen müssen wir uns bewußt sein!

Wir haben nicht wenige Feinde gegen uns, die ernst zu nehmen sind. Der gesamte Staatsapparat steht gegen uns, die Polizei, Gendarmerie, Militär, Gerichte, der Verwaltungsapparat, dann die Heimwehren, Frontkämpfer, Hakenkreuzler, die ganze Bourgeoisie, große Teile der Kleinbürger mit der Regierung an der Spitze. Wir sehen, daß sich immer mehr Bürgerliche und Kleinbürger samt ihren Organisationen der Heimwehr anschließen und sich in ihr konzentrieren. Gewiß, werden nicht alle mit der Waffe in der Hand gegen uns kämpfen, aber diejenigen, die kämpfen werden, die sind gut ausgerüstet mit Gewehren, Maschinengewehren, Giftgasbomben, Kanonen und Panzerwagen.

Die Regierung und die Behörden haben die Heimwehverbände als ihre irreguläre Hilfstruppen anerkannt und werden mit ihnen gemeinsam gegen die Arbeiter

vorgehen. Diese Banden der Konterrevolution drohen mit dem Marsch auf Wien. Wir dürfen die uns drohende Gefahr nicht überschätzen; aber auch nicht unterschätzen.

Es ist noch nicht zu spät, die Arbeiterschaft ist noch stark und mächtig. Wir haben keinen Grund zum Pessimismus. Arbeiter! Kopf hoch! Vertraut auf eure gewaltige Kraft! Die mutig kämpfenden Schutzbündler von St. Lorenzen sollen uns als ein leuchtendes Beispiel sein, wie man mit den Faschisten diskutieren muß. Nicht so, wie wir am 15. Juli 1927 vor den Gewehren der Polizei wie die Hasen davongelaufen sind und das mit 90

toten Kameraden bezahlt haben. Das darf nicht mehr vorkommen.

Mit der Reaktion können wir nicht mit geistigen Waffen kämpfen, denn sie versteht nichts vom Geiste der Menschlichkeit (eher noch vom Weingeist). Mit den Faschisten können wir fertig werden nur mit solchen Waffen, welche sie selbst gegen uns anwenden. Das sind Waffen aus Stahl und Blei. Auch mit dem Stimmzettel richten wir gegen die Maschinengewehre nichts aus. Das müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter gut merken.

Die österreichische Arbeiterschaft, wenn sie geschlossen kämpft, ist nicht niederzuringen. Sie muß mutig kämpfen, aber nicht zurückweichen.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltet hunderte von Versammlungen. Wozu? Angeblich, um die Arbeiter zum Kampf gegen die Heimwehren aufzurufen; in Wirklichkeit nur zu dem Zwecke, um die Arbeiter vom Kampfe abzuhalten und vor den Heimwehfaschisten und der Bourgeoisie zurückzuweichen. Die sozialdemokratischen Führer machen das immer so, wenn sie die Errungenschaften der Arbeiter preisgeben wollen — damit die Arbeiter davon nichts merken.

So war es mit dem Arbeiterrat: die sozialdemokratischen Führer haben ihn geschaffen nur zu dem Zweck, damit sie ihn in ihre Hände bekommen (damit sie die Kommunisten von der Führung ausschalten), um ihn dann — aufzulösen.

So war es am 15. Juli 1927: sie haben den Generalstreik proklamiert, um die Arbeiter zu — beruhigen und als ihnen das gelungen war, haben sie ihn resultatlos abgebrochen.

So war es auch im Jahre 1926 bei der Preisgabe des Wohnungsanforderungsgesetzes: zuerst vierhundert Versammlungen an einem Tage um bei den Arbeitern Vertrauen zu gewinnen, um sie zu faszinieren für die sozialdemokratischen Führer, die doch so verlässlich und radikal sind, die unter keinen Umständen nachgeben werden und dann die — Preisgabe.

So war es auch beim Durchbruch des Mieterschutzgesetzes: zuerst hieß es, an dem Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden, viele radikale Reden wurden geschwungen und dann haben sie an ihm beträchtlich rütteln lassen.

So ist's auch heute. 400 Versammlungen veranstaltet die Sozialdemokratische Partei gegen die Heimwehren. Wißt ihr sozialdemokratischen Arbeiter wozu? Hört darüber das „Neues Wiener Journal“ vom 10. September:

„So ist es. Die sozialdemokratischen Führer wissen ganz genau, daß es gegen den Ansturm der 400.000 Heimwehtruppen, denen, wenn es das Staatsinteresse erfordern sollte, die gesamten militärischen Machtmitteln der Armee, der Polizei und Gendarmerie zur Verfügung stehen werden, kein Entrinnen gibt. Jetzt heißt es, Partei-Interessen opfern und dem Staate geben, was er zu seiner Existenz braucht, oder verschwinden. An dieser unabänderlichen Sachlage können auch tausend sozialdemokratische Versammlungen nichts mehr ändern.“

Das ist deutlich genug gesagt. Wer nicht blind ist, muß es sehen: „Den Heimwehtruppen stehen die gesamten militärischen Machtmitteln zur Verfügung!“ Das „Neue Wiener Journal“ ist gut informiert!

Und was tut die sozialdemokratische Führung? Tut sie die Arbeiterschaft vorbereiten für den unvermeidlichen Kampf? Tut sie die Arbeiter bewaffnen? Nein! Sie hofft der Bourgeoisie und den Faschisten Ruhe und Frieden abkaufen zu können durch Preisgabe der Errungenschaften der Arbeiterschaft, durch Steuerermäßigungen den Kapitalisten, Verfassungsänderung u. a. m.

Das ist ganz falsch. Die Bourgeoisie läßt sich nichts abkaufen, sie will das Ganze haben. Es ist nicht wahr, daß die Bürgerlichen selbst mit der Heimwehr unzufrieden sind. Mögen sie auch kleine Streitereien unter sich haben, mögen auch einige Kleinbürger (Gewerbetreibende) Angst haben — wenn es zum entscheidenden Kampf kommt, werden alle zusammenhalten. Die Bourgeoisie versteht Klassen-solidarität und Klassendisziplin zu halten. Gegen die Arbeiter sind sie alle einig. Die Bürgerlichen werden nicht zu Verrätern an ihrer eigenen Klasse. Von ihnen können wir Arbeiter viel lernen.

Mit dem Zurückweichen der Arbeiter, mit der Preisgabe der Errungenschaften wird es nicht besser, sondern noch ärger. Mit dem Essen kommt der Bourgeoisie immer größerer Appetit. Der Bürgerkrieg bleibt uns nicht erspart. Er wird im besten Falle nur aufgeschoben und wir werden dann kämpfen müssen unter viel ungünstigeren Bedingungen. Das dürfen die österreichischen Arbeiter nicht zulassen!

Denkt an Italien! Keine faulen Kompromisse! Keinen Schritt zurück unter keinen Umständen! Wir dürfen uns nicht verkaufen lassen für ein Linsengericht!

Sozialdemokratische Arbeiter! Eure Führer sind Kleinbürger, sie sind Angehörige einer anderen Klasse, der Klasse des Kleinbürgertums. Ihre Interessen sind andere als die euren! Sie sind gewiß intelligente Menschen, aber keine proletarischen Klassenkämpfer. Sie als Kleinbürger streben nach der Klassenversöhnung, nach Ruhe und Ordnung unter allen Umständen, mögen auch die Arbeiter dabei draufzahlen. Sie mögen ehrliche Absichten haben, aber in den entscheidenden Momenten, wo

es heißt: entweder kapitulieren oder kämpfen, weichen sie immer wieder zurück aus Angst vor der Verantwortung. Und damit wird es immer ärger. Sie haben nicht den Mut, den ein revolutionärer Führer haben muß, der die unterdrückte Klasse zum Siege führen will. Sie sind gute Parlamentarier, feurige Redner, sie können gut kämpfen mit geistigen Waffen, mit dem Stimmzettel, sie können schöne Häuser bauen; das alles können sie ausgezeichnet, aber — als Führer der Arbeiterklasse im Kampfe um ihre Klasseninteressen sind sie (da sie Kleinbürger sind) ungeeignet.

Sozialdemokratische Arbeiter! Ihr dürft euch nicht auf eure Führer verlassen! Verlasst euch nicht auf den Stimmzettel! Ihr müßt euch zum Kampfe vorbereiten gegen den Faschismus. Ihr müßt selbst handeln! Lasset nicht die Kommunisten allein kämpfen! Sie sind zu schwach, sie können allein nicht das leisten was nur die ganze Arbeiterklasse zu leisten vermag. Ihr seid in der Majorität unter der Arbeiterklasse; ihr habt die Verantwortung zu tragen vor der Geschichte! Kämpft geschlossen mit den Kommunisten! Vertrauet nur auf eure eigene Kraft, auf die Kraft der Arbeiterklasse! Und verschafft euch zum entscheidenden Kampfe alles das, was die Heimwehren schon haben.

Vor allem aber schafft euch eine verlässliche Führung, die euch zum Siege führen wird. Die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr die Partei der proletarischen Klasse, sie ist eine kleinbürgerliche Partei. Schafft euch eure Kampfpartei, euren Generalstab! Nur so werden wir siegen.

Helfet mit an dem Aufbau der proletarischen Klassenpartei: der Kommunistischen Partei Oesterreichs (Opposition)!

Beschlagnahme, Verhaftungen und neuerliche Anklage gegen die „Arbeiter-Stimme“.

Am 19. August, am Tage nach St. Lorenzen, hat sich die KPOe (Opposition) mit einem Aufruf an die tagenden sozialdemokratischen Vertrauensmänner und an die Gesamtarbeiterschaft gewendet, welcher Aufruf in einer Extraausgabe der „Arbeiter-Stimme“ verbreitet wurde. Die Staatsanwaltschaft hat die Extraausgabe beschlagnahmt, ließ die kolportierenden Genossen verhaften und hat den verantwortlichen Redakteur, Genossen Franz Beran, wegen Aufwiegelei unter Anklage gestellt. So arbeitet die Staatsanwaltschaft wacker mit, um den Faschisten den Staatsstreich zu erleichtern.



Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die Administration Wien, XVI, Hyrtlgasse 19/4 zu richten

ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Wie die Sozialdemokratie den Faschismus bekämpft.

Ein Genosse und ich besuchten die sozialdemokratische Versammlung im Bebelhof, in der der Hauptmann Löw referierte. Er führte unter anderem aus: Wir Arbeiter haben die Republik, die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Ferner teilte er mit, daß Dr. Steidle den Marsch auf Wien schon aufgegeben habe, weil er sehe, daß die Sozialdemokratie ihm den schärfsten Widerstand entgegensetze und gewillt sei, einen ersten Kampf zu führen. Auch an der Verfassung dürfe nicht gerüttelt werden. Betrachten wir die Demagogie einmal näher: Wir Proletarier sollen diesen Staat verteidigen! Diesen Staat des Finanzkapitals, diesen Staat des Bürgertums, in der dasselbe gegen die Arbeiterklasse herrscht. Für uns steht ganz etwas anderes auf dem Spiel: die letzten proletarischen Errungenschaften von 1918, die uns der Faschismus rauben will. Die Sozialdemokratie ist bereit, alles zu opfern um den Preis der demokratischen Republik und das dann als Sieg hinauszuposaunen. Der Kapitalismus will die Wirtschaftskrise lösen auf Kosten der Arbeiterklasse. Er will Löhne drücken, die Arbeitsintensität steigern bis zur grenzenlosen Ausbeutung, und die Arbeitszeit verlängern. Um so die Waren zu verbilligen und sich am Weltmarkt einen Absatz zu sichern. Kurz, sie wollen alle sozialen Lasten abschütten, den Profit vergrößern, um alles auf das Proletariat abzuwälzen und die Arbeiterklasse zu modernem, gefügigen Lohnsklaven machen. Fügt sich die Arbeiterklasse dem Drucke — dann bleibt es bei der so herrlichen Demokratie, fügt sie sich nicht, dann — kapitalistische Diktatur. Die ganze Politik der Sozialdemokratie läuft heute im Wesen darauf hinaus, auch wenn sie mit dem

Mund und auf dem Papier Kampfpause mimen, die Arbeiter zu veranlassen, sich den Forderungen der Kapitalisten zu fügen!

Folgt das Proletariat weiter den SP-Führern, dann hat es die Früchte des Rechtskurses zu tragen. Wir gelangen dann zur „wahren Demokratie“, zur Demokratie wie sie Steidle will, in der die Arbeiterklasse sich den Anordnungen und Bedingungen des Bürgertums restlos zu fügen hat, im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft. Die demokratische Republik bleibt aufrecht, die Opposition ist mundtot gemacht und hat der Mehrheit zu gehorchen, ihr eventuell Vorschubdienste zu leisten. Wir revolutionären Arbeiter müssen das Spiel der SP-Führer durchkreuzen, wir müssen an die sozialdemokratischen Arbeiter heran, mit Mund und Presse und ihnen die volle ungeschminkte Wahrheit sagen. Wir können unsere letzten Errungenschaften nur durch einheitlichen entschlossenen Abwehrkampf verteidigen, nicht durch linksradikale Gesten in Versammlungen. Es muß die Einheitsfront zwischen Betriebsarbeiter und Arbeitslosen hergestellt werden. Wir müssen die proletarische Klassenpartei schaffen, die geeinigte und gereinigte Kommunistische Partei. (Ein revolutionärer Arbeiter, XII.)

Wie ist es möglich?

Es wachsen die Sozialdemokraten, Sie wachsen an Zahl und Mandaten, Die Wahlziffer immer höher schnell, Das Proletariat immer tiefer fällt. Wie ist's möglich?

Es wachsen die Sozialdemokraten, Die Heimwehr aber hat Gasgranaten. Und schon holt sie aus, sie droht nicht bloß, Gegen die Arbeiter zum Todesstoß. Wie ist's möglich?

An die S. P.

Als noch in Scharen das Volk der roten Fahne gefolgt ist, Als Euch die Macht ungeteilt, kampfflos fiel in den Schoß, Haltet Ihr sie nicht fest, wie's Eure heilige Pflicht war, Sondern Ihr habt sie dem Feind feig in die Hände gespielt. Wenn nun die Reaktion frecher ihr Haupt hebt als jemals, Wenn sie mit Füßen tritt, was der Prolet sich erwarb, Dann ist gekommen der Tag, Euch die Maske vom Antlitz zu reißen, Kund' zu tun Euren Verrat vor dem versammelten Volk. Daß Eure Politik nicht ist die der Arbeiterklasse,

Daß Ihr den Endkampf vertagt anstatt gerüstet zu sein, Daß Euch die Revolution zur leeren Phrase geworden, Glaubt nicht, wir merken es nicht; o wir merken es gut. (Severus)

§ 144 und Wohnungsamt.

Möchte die Redaktion der „Arbeiter-Stimme“ ersuchen, meine Zuschrift zu veröffentlichen; ich glaube, sie wird manchem wohnungsuchenden Proleten den Kampf um eine gesunde Wohnung erleichtern.

Verheiratet, bewohnen wir seit Jahren ein elendes Gangkabinett. Sind auch seit Jahren im Wohnungsamt „vorgemerkt“. So bitter dieses ständige Herumdürken in diesem Wohnungsamt ist, muß man doch hineingehen, um sich in Erinnerung zu bringen. Daß man also nicht gern gesehen ist, kann sich jeder ausmalen, umso mehr, als einem die Nerven ja auch im Stiche lassen bei diesen Aufregungen. Und jede dieser Vorsprachen wird seitens des Beamten abgeschlossen wie folgt: „Ja, wenn Sie Kinder hätten! Dann ließe sich etwas machen.“

Nun traf es sich unlängst, daß wir unserer Sektion einen Vortrag über den § 144 hatten — und ganz richtig sagte der vortragende Arzt, wir Proletarierfrauen hätten kein Interesse daran, den Kapitalisten billiges Menschenfleisch für Rationalisierung und Kriege zu liefern. Tags darauf lief ich wieder ins Wohnungsamt — und was mußte ich wieder anhören? „Ja, wenn Sie Kinder hätten...“! Da riß mir aber die Geduld — ja sollen denn kinderlose Wohnungsuchende verrecken in ihren Wohnlöchern? Gut, ich sehe ein, wenn einer Kinder hat und elend wohnt — er hat ein größeres Recht auf eine gesunde Wohnung. Aber bevor mit Wohnungen Mißbrauch getrieben wird — und darüber werde ich ein anderes Mal berichten — rufe ich allen Wohnungsuchenden, die kinderlos sind zu: Verhindert dies! Weist hin auf diesen Widerspruch: § 144 und, „ja, wenn Sie Kinder hätten.“ Bekämpft diesen bürokratischen Standpunkt! Eine Arbeiterin, XII.

Offene Anfrage an die österreichische Rote Hilfe.

Wir erhalten folgende Berichtigung vom Vertreter der RH: „Unter der Ueberschrift „Offene Anfrage an die österreichische Rote Hilfe“ schreiben Sie in der Nummer 46 der Arbeiter-Stimme:

„Von einem Hainburger Arbeiter bekomme ich folgendes zu hören: Auf Ansuchen, die Rote Hilfe möge etwas Unterstützung für die von der Tschechoslowakei durchwandernden Genossen schicken, er zur Antwort bekam, von Hainburg ist es ja nicht mehr so weit und da kann ja der Arbeiter ruhig zu Fuß nach Hause gehen.“

Die darin enthaltene Behauptung, daß die Rote Hilfe von einem Hainburger Arbeiter ersucht wurde, etwas Unterstützung für die von der Tschechoslowakei durchwandernden Genossen zu schicken und daß die Rote Hilfe die Antwort erteilt habe, daß der unterstützungsbedürftige Arbeiter von Hainburg nach Wien zu Fuß gehen könne, ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß kein Hainburger Arbeiter die Rote Hilfe ersucht hat, etwas Unterstützung für die von der Tschechoslowakei durchwandernden Genossen zu schicken und daß die Rote Hilfe keine Antwort erteilt habe, daß der unterstützungsbedürftige Arbeiter von Hainburg nach Wien zu Fuß gehen könne.

Sie schreiben weiter: „Ein aktiver Funktionär der Roten Hilfe vom 18. Bezirk teilt mir mit: Ein Emigrant, der ohne jede Unterstützung in Wien weilte, ersuchte die Rote Hilfe um eine kleine Unterstützung. Gen. Brodnig als Sekretär war sehr empört und erklärte: Wir können Dich nicht unterstützen; wärs dort geblieben wo Du warst. Wegen der fünf Jahre, die Du im Kerker absitzen sollst, hättest nicht flüchten brauchen.“

Die darin enthaltene Behauptung, daß der Sekretär der Roten Hilfe, Brodnig, einem Emigranten, der ohne jede Unterstützung in Wien weilte, die Unterstützung mit den Worten verweigerte: „Wir können Dich nicht unterstützen, wärs dort geblieben wo Du warst. Wegen der fünf Jahre, die Du im Kerker absitzen sollst, hättest nicht flüchten brauchen“ ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß der Sekretär der Roten Hilfe Brodnig nie unbegründet eine Unterstützung verweigert hat und niemanden gegenüber erklärt hat, „wir können Dich nicht unterstützen, wärs dort geblieben wo Du warst, wegen der fünf Jahre, die Du im Kerker absitzen sollst, hättest nicht flüchten brauchen.“

Demgegenüber stellen wir fest:

Genosse Franz Nevada, ein Funktionär unserer Hainburger Organisation hat im Sekretariat der RH vorgeschlagen, die RH möge etwas Unterstützung für die von der Tschechoslowakei durchwandernden Genossen schicken, weil die Hainburger oppositionellen Genossen auf die Dauer die Besorgung von Quartier, Verpflegung und Zehrgeld für die vielen, insbesondere aus der Tschechoslowakei, durchwandernden Genossen (Flüchtlinge, Emigranten usw.) nicht tragen können. Er bekam zur Antwort: Von Hainburg ist es

ja nicht mehr weit nach Wien, da können diese Arbeiter ruhig zu Fuß nach Wien weitergehen... Dafür ist noch ein zweiter Genosse Zeuge, da, der damals den Gen. Nevada in das Sekretariat der RH begleitet hat.

Auch der zweite Fall beruht auf Wahrheit. Es handelte sich um einen Emigranten, der zu fünf Jahren Internierung verurteilt worden war. Es gelang ihm zu flüchten und er wandte sich in Wien angekommen, da er ohne die geringsten Mittel dastand, um Unterstützung an die RH und bekam — nicht vom Gen. Brodnig, sondern von der Genossin Schorr — die Antwort, er hätte nicht flüchten sollen, die Rote Hilfe könne ihn nicht unterstützen. Diesen Sachhalt hat Gen. Emminger vom Gen. Rothfuß, XVII., erfahren.

Auf die Lügen, die die Stalinbürokraten in ihrem Blatt „Rote Hilfe“ über die KPOe (Opposition) und einzelne Mitglieder derselben produzieren, werden wir noch zurückkommen. Wir werden den stalinistischen Apparatschiki ihre Methoden noch gründlich abgewöhnen und sie werden schon noch merken, daß sich die Dinge zu ändern beginnen — auch unter den Arbeitern die der Stalinfiliale noch folgen!...

Ein Schandfleck für den Betriebsrat der Jutespinnerei in Flordsdorf.

Der Arbeiter-Betriebsrat dieses Betriebes ersucht uns festzustellen, 1. daß die bezügliche Arbeiterin entlassen wurde, weil sie 3-4 Tage unentschuldigt ausgeblieben ist, 2. daß die Betriebsrätin Wodehnalek niemanden aus dem Betrieb hinausbeißt und die Kronen-Zeitung nicht liest.

Wir geben dieser Feststellung gerne Raum, müssen jedoch auch veröffentlichen, was uns der Genosse berichtet, dem wir die Ueberprüfung der Sache übertragen. Er schreibt: „Ich habe mich eingehend und allseitig über den Fall erkundigt. Die Verhältnisse in diesem Betriebe sind ungewöhnlich desolat. Kommen Arbeiter oder Arbeiterinnen, die etwas günstigere Verhältnisse gewöhnt sind, hinein, so kommen sie mit der Betriebsrätin, die an die dort herrschenden Zustände gewöhnt ist, nicht gut aus, werden als Störenfriede betrachtet und können sich nicht lange halten.“

Unser Eindruck ist, daß der Einsender der Betriebsrätin zu viel von dem zuschreibt, was Auswirkung ist der „desolaten Verhältnisse“ im Betrieb, das heißt der geschwächten Position der Arbeiterschaft, an der auch die Betriebsräte eine gewisse

Schuld haben, die aber letzten Endes ihre Wurzel hat in der in proletarischer Richtung vollkommen versagenden sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik und der sozialdemokratischen Politik überhaupt.

Die Stimme eines Kolporteurs.

Seit zwei Jahren kolportiere ich regelmäßig die „Arbeiter-Stimme“. Wie gleichgültig die Arbeiterschaft ist, erfährt man erst richtig bei einer solchen Arbeit.

Die Argumente, auf die ich beim Kolportieren meist stoße lauten: Ihr fällt uns in den Rücken, Ihr unterstützt die Heimwehr oder: wir brauchen keine Gewalt, bei uns gehts durch die Demokratie. Oft, ja am häufigsten hört man das finanzielle Argument. Das hat ja seine Richtigkeit — aber für „Kronen-Zeitung“, „Volkszeitung“ usw. ist bei vielen noch immer Geld im Haushalt.

Es ist unglaublich, aber leider nur zu wahr, daß sich die Arbeiterschaft sträubt Politik zu lesen oder gar politisch zu denken, selbst ihre wirtschaftliche Not und Unterdrückung ist ihnen ganz Wurst, die Hauptsache ein interessanter Raubmord oder eine Schnapspartie mit Sauferei höchsten noch Sport, das ist alles womit sich so viele Arbeiter heute geistig beschäftigen.

Das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Politik und Erziehung.

Leser der „Arbeiter-Stimme“, bist Du nicht auch ein wenig bequem? Läßt Dir die Zeitung zuschicken, aber einen neuen Leser zu gewinnen, daran denkst Du selten.

Die Lage der Arbeiter kann nur verbessert werden, wenn jeder mithilft und einen Teil der revolutionären Propagandarbeit auf sich nimmt.

S. N., Metallarbeiter XVI.

„Im Interesse der Arbeiterschaft“.

Snowden auf der Konferenz im Haag, handelte bei dem Kampf um Erhöhung des englischen Anteiles am deutschen Kriegstribut (den die deutschen Kapitalisten den breiten Massen Deutschlands auspressen): „Im Interesse der englischen Bergarbeiter, die durch die deutsche Reparationskohle ohne Arbeit seien“...

Naphthal, deutscher Sozialdemokrat, Vater der Theorie von der „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Kapitalisten, über die Verteilung der nach dem Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan angeblich ersparten 700 Mill. Mark: „Wir glauben, daß vielleicht mittelbar die Arbeiterschaft sogar auch ein Interesse an der Beseitigung steuerlicher Härten für Unternehmungen haben kann“...

Breitner, Finanzreferent im „Roten Wien“, anläßlich der Herabsetzung der Automobilabgabe: „Im Interesse der Arbeiterschaft gelegen, da durch die Steuerermäßigung...“

Alles „im Interesse der Arbeiterschaft!“ So oft sie den Kapitalisten einen fetten Bissen auf den Präsentierteller reichen, werfen sie den Arbeitern einen Knochen zur Beruhigung hin. Was wird die Sozialdemokratie noch alles leisten für die Kapitalisten „im Interesse der Arbeiterschaft!“

